

Depesche aus Berlin

Prof. Dr. Lothar Maier



Ausgabe 6, 1. Jahrgang

Merkeldämmerung und Panikstimmung in der CDU

Die unerwartete Abwahl von Volker Kauder, Fraktionsvorsitzender der CDU seit 2005 und unermüdlicher Hassprediger gegen die AfD, hat am 25. September die versteinerten Verhältnisse in der CDU ein Stück weit aufgebrochen. Vom großen Kurswechsel kann noch nicht die Rede sein, aber klar ist zumindest, dass die Kanzlerin keinen Rückhalt mehr in ihrer eigenen Partei hat. Einer Mehrheit in der CDU-Fraktion im Bundestag ist offenbar bewusst geworden, dass „Weiter so“ in den Abgrund führt und dass die Partei sowohl programmatisch wie personell eine Runderneuerung braucht.



Beides dürfte schwierig werden. Merkel hat in ihrer langen Amtszeit jeden weggebissen, der ihr hätte gefährlich werden können. Namen, die schon als Nachfolger gehandelt werden, stehen nicht gerade für die Erneuerung der Partei. Annegret Kramp-Karrenbauer strahlt nichts Charismatisches aus und Wolfgang Schäuble ist gewiss auch keine vielversprechende Nachwuchskraft.

Auch inhaltlich wird die Partei ihren Niedergang nur dann stoppen können, wenn sie in zentralen Fragen – vor allem bei der Einwanderung – weitgehend die Positionen der AfD übernimmt. Das wird manch einen ins Schleudern bringen, der die linksgrüne Multikultipolitik der Kanzlerin begeistert mitgemacht hat. Immerhin wagen sich schon jetzt sichtbar immer mehr von jenen aus der Deckung, die den antideutschen Kurs der Kanzlerin schon lange nur mit geballter Faust in der Tasche mitgetragen haben. Manches, was von CDU-Abgeordneten kam, hörte sich schon zwei Tage nach dem Sturz Kauders in den Ausschüssen anders an. Zugleich wird vereinzelt von CDU-Granden ins Spiel gebracht, man könne mittelfristig eine Koalition mit der AfD anstreben. Für uns dürfte das freilich erst infrage kommen, wenn wir nicht mehr mit 12, sondern mit plus/minus 20 Prozent der Stimmen im Reichstag sitzen und die CDU nur noch die Alternative hat, mit Grünen und Linken zusammenzugehen oder mit uns. Die Zeit arbeitet für uns, trotz des immer schriller werdenden Wutgeheuls der Mainstreammedien. Kurs halten und Fehler vermeiden ist für uns jetzt die Parole.



INHALT DIESER AUSGABE UNTER ANDEREM

Die Zukunft des Verbrennungsmotors – E-Fuels *mehr auf Seite 2*

CO2-Grenzwert-Utopien des EU-Parlaments
Ziel von 40-Prozent-Reduktion: Ende der deutschen Auto-Industrie *mehr auf Seite 3*

Erdogan übergibt Kölner Moschee ihrer Bestimmung *mehr auf Seite 4*

In Baden-Württemberg 2017 mehr Muslime und Messerstechereien *mehr auf Seite 5*

Fauler Diesel-„Kompromiss“ lässt Ursachen vergessen Die Vernichtung von Volksvermögen wird gnadenlos durchgezogen *mehr auf Seite 6*

Neuer Merkel Murks:
Prüfer stellen fest: Wirtschaftsminister Peter Altmaier verschwendet unsere Steuergelder mit Missmanagement *mehr auf Seite 8*

Kredite ohne Sicherheit – Gibt's nicht! Doch! *mehr auf Seite 9*

Kauder weg – Merkels Verfallsdatum längst abgelaufen Spät, viel zu spät besinnen sich Abgeordnete ihrer Verantwortung *mehr auf Seite 11*

Medienversagen - Ganz „normale Woche“ in Deutschland *mehr auf Seite 13*

Bundshaushalt 2019
Trotz Rekord-Einnahmen denkt Regierung nicht an Steuersenkung *mehr auf Seite 14*

Die Zukunft des Verbrennungsmotors – E-Fuels: Synthetische Kraftstoffe können Mobilität und Arbeitsplätze sichern

Der gegenwärtige ideologisch begründete Vernichtungsfeldzug gegen den Verbrennungsmotor ist aus heutiger Sicht nur aufzuhalten, wenn die Alternative für Deutschland Regierungsverantwortung übernimmt. Die Zukunft der individuellen Mobilität liegt aber nicht im vermeintlichen „Heilsbringer“ der Elektrofahrzeuge.

Die Behauptung, die Elektromobilität sei der Königsweg für gute Luft und Umwelt, erweist sich als links-grünes Wunschdenken: Elektroautos stoßen zwar keine Schadstoffe aus. Die entstehen aber sehr wohl bei der Gewinnung des Stroms und bei der Batterieproduktion. Elektroautos sind also keineswegs klimaneutral. Beim heutigen Strommix (zwei Drittel Kohle und Gas) liegt der CO₂-Ausstoß beim Elektroauto mit 199 Gramm je Kilometer sogar über einem Diesel (196 Gramm).

Die Zukunft für den individuellen Verkehr kann deshalb unter anderem auch, in synthetischen Kraftstoffen, sogenannten Electrofuels (E-Fuels), liegen. Damit ist eine individuelle und bezahlbare Mobilität erreichbar. Zukunftsweisenden E-Fuels können in jedem Fahrzeug mit Verbrennungsmotor eingesetzt werden. Damit dürfte die Stigmatisierung des Autos als Umweltsünder ein Ende haben.

Synthetische Kraftstoffe werden im Gegensatz zu Benzin und Diesel nicht aus Erdöl, sondern aus erneuerbarem Strom und CO₂ gewonnen. Sie können aber wie Benzin oder Diesel in Verbrennungsmotoren eingesetzt oder diesen

beigemischt werden. Dabei handelt es sich um Verbindungen mit Namen wie Oxymethylenether (kurz: OME) oder nOctanol. Diese Verbindungen verbrennen nahezu rußfrei und erlauben es daher, Motoren so zu verbessern, dass sie in der Gesamtbilanz sehr viel weniger CO₂ und fast keinen Feinstaub oder Stickstoffoxid emittieren.

Hergestellt werden können sie aus verschiedenen Rohstoffen: aus fossilen Quellen und Biomasse, vor allem aber auch aus CO₂, Wasser und regenerativ erzeugtem Strom. Werden nämlich synthetische Kraftstoffe aus Biomasse oder regenerativen Energien gewonnen, ist ihre CO₂-Bilanz nahezu neutral, da nur so viel CO₂ ausgestoßen wird, wie für ihre Produktion gebraucht wurde. Das benötigte CO₂ kann dabei entweder direkt aus der Atmosphäre gewonnen, oder bei Industrieprozessen wie der Stahlproduktion abgefangen werden.

Für diese „stromgenerierten“ Kraftstoffe kommen folgende Herstellungswege in Betracht:

- Wasserstoff, der durch Elektrolyse von Wasser hergestellt wird – als Power-to-Gas-Wasserstoff bezeichnet (kurz: PtG-Wasserstoff)
- Methan, das durch Methanisierung von Wasserstoff hergestellt wird, wobei der Wasserstoff durch Elektrolyse erzeugt wird – als Power-to-Gas-Methan bezeichnet (kurz: PtG-Methan);
- Synthetischer Kraftstoff, der über Fischer-Tropsch (FT)-Synthese hergestellt wird, bei der wiederum der benötigte Wasserstoff per Strom-Elektrolyse gewonnen wird – als Power-to-Liquid bezeichnet (kurz: PtL)

Wenn es also gelingt, synthetische Kraftstoffe in großen Mengen herzustellen, würden Autos künftig weniger Schadstoffe ausstoßen. Es hätte zudem den Vorteil, dass die herkömmlichen Fahrzeuge nur relativ einfach umgebaut werden müssten – anders als bei der Umstellung auf Elektroantrieb. Zudem könnten synthetische Kraftstoffe auch in Schiffen, Flugzeugen oder Lastwagen zum Einsatz kommen – also dort, wo Batterien voraussichtlich auch in Zukunft nicht die herkömmlichen Antriebe ersetzen können. Ein weiterer Vorteil ist, dass die bisherigen Tankstellen bestehen bleiben könnten.

Und noch etwas spricht für die E-Fuels. Ähnlich wie Benzin oder Diesel lassen sie sich sehr gut für längere Zeit lagern – anders als Strom, der aus Wind und Sonne erzeugt wurde. Es ist sogar möglich, dass an Tagen mit viel Sonnenschein und viel Wind überschüssiger Strom aus erneuerbaren Energien zu synthetischen Kraftstoffen verarbeitet wird. Im Sondergutachten des Sachverständigenrates für Umweltfragen „Den Strommarkt der Zukunft gestalten“ vom 23. Dezember 2013 wird zur Herstellung von Wasserstoff durch Elektrolyse Folgendes bemerkt:

Der Umwandlung von Strom aus erneuerbaren Energien in Wasserstoff (H₂) oder Methan (CH₄) – Power to-Gas (PtG) – werden in der aktuellen Debatte die größten Entwicklungspotenziale zugeschrieben. Dies begründet sich vor allem mit der Möglichkeit, Wasserstoff oder regenerativ erzeugtes Gas direkt zu nutzen oder über einen langen Zeitraum zu speichern und – vor allem im Fall von Methan – dabei die bestehende Erdgasinfrastruktur umfassend nutzen zu können.

So sind E-Fuels in allen Sektoren einsetzbar – ohne teure Umrüstungen. Sie können als Rohstoffe den erheblichen Kohlenstoffbedarf treibhausgasneutral decken – und sind damit derzeit praktisch die einzige Möglichkeit, um zahlreiche Produkte der Chemieindustrie klimaneutral zu machen. Statt Unsummen in Programmen zum Ausbau der Elektromobilität zu stecken, die überdies nicht in Anspruch genommen werden, täte die Bundesregierung gut daran, endlich ihren Kurs zu ändern und alle Anstrengungen auf die E-Fuels-Technik zu konzentrieren. Nur so sind hunderttausende Arbeitsplätze in der deutschen Automobilindustrie langfristig gesichert.



CO₂-Grenzwert-Utopien des EU-Parlaments: Ziel von 40-Prozent-Reduktion: Ende der deutschen Autoindustrie

Die Gesinnungstäter des vereinigten sozialistischen Links-Blocks im Brüsseler EU-Parlament haben jetzt faktisch die Abschaffung des Verbrennungsmotors beschlossen. Mit ihrer Mehrheit stimmten die Abgeordneten einer **Senkung der CO₂-Werte um 40 Prozent** - bezogen auf 2020 - zu. Damit zieht man die Daumenschrauben für die Automobilindustrie noch einmal so drastisch an, dass der Daumen abstirbt. Folgt man dieser Entscheidung – die nationalen Regierungen müssen noch zustimmen - wäre praktisch das Ende des Verbrennungsmotors bis 2030 eingeläutet.

Das Aus für die deutsche Automobilindustrie und somit die systematische Deindustrialisierung Deutschlands wären die unmittelbare Folge. 800 000 Arbeitsplätze allein bei der Automobilindustrie und ihren Zulieferern sind verloren. Die links-grünen Marxisten in Berlin reiben sich die Hände angesichts des Coups ihrer Genossen in Brüssel, hatten doch Bündnis 90/Die Grünen genau diese Forderung explizit erhoben. Schon in der kommenden Generation werden es unsere Nachfahren nicht nachvollziehen können, wie das Land der Dichter, Denker und Erfinder der CO₂-Klima-Lüge mit dem Modell eines „menschengemachten Klimawandels“ durch das sogenannte „Treibhausgas CO₂“ auf den Leim gehen konnte.

Die Hypothese **ist durch nichts, rein gar nichts empirisch belegt**. Tatsache ist, dass **vier Prozent des sowieso nur 0,038-prozentigen CO₂-Anteils** in der Luft in der Atmosphäre, anthropogen, also vom Menschen verursacht sind. Das sind **0,00152 Prozent der gesamten Luftmenge**. Dass **diese 0,00152 Prozent** natürlich nicht für einen Klimawandel verantwortlich sein können, sollte offensichtlich sein.

Fakt ist, dass die Belastung mit Schadstoffen insgesamt und auch mit Stickoxiden in deutschen Städten seit Jahren **sinkt** und nicht steigt. Selbst die Deutsche Umwelthilfe (DUH), eine von Bundesumweltministerium und Bundeswirtschaftsministerium mit Millionen Steuergeldern finanzierte fragwürdige Organisation, die im Wesentlichen permanenten Alarm auslösen, musste bei einer privaten Stickoxidmessung indirekt zugeben: Das Zerrbild der angeblich dramatisch schlechten Luft quer durch Deutschland lässt sich nur dann aufrechterhalten, wenn man **kurzerhand die Grenzwerte halbiert**. Ein Taschenspielertrick.

Als Beweis für die endgültige Treibhausgastheorie hört man immer das Argument, 97 Prozent der Wissenschaftler seien sich einig. Aber 97 Prozent von wie vielen Wissenschaftlern? Und von welchen? Wer hat sie ausgewählt? Es gibt aus den vergangenen Jahren rund **800 wissenschaftliche Veröffentlichungen**, die die CO₂-Treibhausthesen widerlegen. Der Hauptunterschied zu den Computer-Klimamodel-Vertretern: Sie legen Versuche mit Messungen vor, während die vom IPCC (der gern als Weltklimarat bezeichneten internationalen Behörde) veröffentlichte Studien auf Computermodellen und Berechnungen basieren.

Wie schon nach anderen vergangenen Ereignissen werden sich die Leute auch in der Zukunft fragen, wie konnte das passieren? Wie ist es möglich, dass ein ganzes Volk samt ihrer „freien Presse“ einer Klimaideologie folgt, die nichts, rein gar nichts mit angeblicher Klimarettung zu tun hat, sondern nur als Instrument dient, aus Deutschland wieder einen **sozialistischen Einheitsstaat** zu machen?

Die Antwort: Die CO₂-Hypothese ist ein identitätsstiftender Mythos marxistisch-sozialistischer Weltverbesserer und Systemveränderer. Sie wird gleichwohl aber auch völlig widerspruchlos von konservativen Schichten akzeptiert. Verbissen hält das Politikestablishment an der CO₂-Hypothese fest, denn es gibt kein Zurück mehr, zu fest hat man diese 30 Jahre lang ins kollektive Bewusstsein eingehämmert.

Gäbe man die Täuschung zu, würde das bedeuten, dass die Flut von Gesetzen, mit denen man die Bürger mit immer neuen Abgaben und Steuern geschöpft hat, um die Welt zu retten, nicht mehr zu rechtfertigen wäre. Kritik findet nicht statt oder wird einfach nur totgeschwiegen. Von der Politik, von den „freien“ Medien. Letztere haben sich die vergangenen Jahre an ihren **Weltuntergangs-Schlagzeilen** mithilfe von ‚Treibhausgas‘ und diversen Angstscenarien, die bei grün- und links besonnenen Deutschen besonders gut ankamen, viel Aufmerksamkeit auf sich ziehen können. Und sie tun es noch heute. Es gibt aber noch weitere handfeste wirtschaftliche Gründe: Milliardensummen sind in die mit der CO₂-Hypothese zusammenhängenden Industrien und geflossen.

Die Alternative für Deutschland ist die einzige Strömung in Deutschland, die klar und vernehmbar die CO₂-Treibhausgas-Hypothese als das bezeichnet, was sie ist: **EINE LÜGE**. Auch das werden unsere Nachkommen feststellen, **es gab EINE Stimme**, die sich dem kollektiven Wahnsinn entgegenstellte: die AfD. Nach ihrer Regierungsbeteiligung konnte der Weg Deutschlands in den Abgrund der wirtschaftlichen Verödung und Umvolkung durch eine Politik der Vernunft, der Sicherheit, des Rechts, der Ordnung und des Patriotismus gestoppt werden. Kämpfen wir dafür und zeigen dem vereinigten sozialistischen Links-Block unter seiner der Leitung von Kanzlerin Merkel bei der Europa-Wahl am 26. Mai 2019 die Rote Karte.



Der Besuch Erdogans und dessen Hintergrund: Der Islam und „Monster“-Moscheen gehören nicht zu Deutschland

Deutschland verbrieft die freie Religionsausübung in seinem Grundgesetz. Und das ist gut so. Religionsfreiheit ist der Lackmestest schlechthin, ob wir es mit einer demokratisch verfassten, rechtsstaatlichen Ordnung zu tun haben. Dieser Test fällt für die Türkei negativ aus. Dort sehen wir ein autoritäres System, dessen Führer Erdogan seine Machtfülle gerade erst weiter ausgebaut hat. Da Deutschland ein freies Land ist, konnte der türkische Präsident jetzt eine Großmoschee in Köln ihrer Bestimmung übergeben. Der Monsterbau. Sie verfügt über einen 36,5 Meter hohen Kuppelsaal sowie zwei 55 Meter hohe Minarette.

Da die Türkei kein freies Land ist, kennt sie natürlich keine Religionsfreiheit. Christen und generell Andersgläubige werden in der Türkei an der Ausübung ihres Glaubens gehindert, wo es nur geht. Der Islam spricht diesen Andersgläubigen unverhohlen ihr Existenzrecht ab. Wer sich nicht zum Islam bekennt, ist nach dieser Denkweise ein Feind, den es zu eliminieren gilt – offen oder versteckt, mit List, Tücke, Lüge („iham“) im schlimmsten Fall mit Terror und Mord.

Das ebenfalls unverhohlene Ziel des Islam ist die Unterwerfung „ungläubiger“ Völker, die Weltherrschaft schlechthin. Woher man das weiß: Ein Blick in den Koran genügt. Der ehemalige Chef der türkischen Religionsbehörde Diyanet, Ali Bardakoglu bringt es auf den Punkt: „Es steht außerhalb jeder Erörterung, dass das, was im Koran steht, gilt“. Und: Der Islamrat für Europa hat 1980 in London beschlossen: „Der Islam ist ein Glaube, eine Lebensweise und eine Bewegung zur Aufrichtung der islamischen Ordnung in der Welt“.



In der Kairoer Erklärung der Menschenrechte von 1990 haben 45 islamische Staaten darauf verwiesen, dass die Menschenrechte immer unter dem Vorbehalt der islamischen Rechtsordnung, der Scharia, stehen, denn diese sei „Allahs Gebot“ und damit bindend – und nicht der „von Menschenhand“ formulierte Grundsatz der UN-Menschenrechtskonvention. Dies gilt bis zum heutigen Tag unwidersprochen.

Auch der Islamwissenschaftler Bassam Tibi weist darauf hin, dass die Islamisierung der Welt ein fester Bestandteil islamischer Weltanschauung ist. Tibi sagt: „Das Ziel der Islamverbände ist die graduelle Islamisierung Europas, diesmal jedoch friedlich, also ohne einen Jihad zu führen.“ Was heißt Islamisierung? Schriftgläubige Muslime wollen, dass ‚Dar al-Islam‘ (Haus des Islam) auf die gesamte Erde ausgeweitet wird.

Selbst Vertreter der islamischen Reformtheologie heben ‚al-taghallub‘ (Dominanz), also die Superiorität des Islam, als Wesensmerkmal ihrer Religion hervor. Eine solche Weltanschauung der Überlegenheit über andere ist weder mit dem Kultur- noch mit dem Religionspluralismus westlicher Gesellschaften vereinbar, soweit Bassam Tibi.

Übrigens, was machen unsere christlichen Volkskirchen vor dem Hintergrund der schleichenden Islamisierung? Bischof Reinhard Marx und der EKD-Ratsvorsitzende Bedford-Strohm verzichten bei einem Besuch auf dem Tempelberg mit einem muslimischen Scheich feige und in vorausseilendem Gehorsam in einer beschämenden Unterwerfungsgeste auf das Tragen ihrer Amtskreuze.

Zurück zur türkischen Religionsbehörde Diyanet: Die türkischen DITIB-Moscheen in Deutschland sind offiziell der staatlichen Diyanet-Behörde in Ankara untergeordnet, also einem verlängerten Arm Erdogans. Von dort aus werden vom türkischen Staat bezahlte Imame nach Deutschland geschickt. Die Diyanet-Behörde ist eine staatliche Instanz, die völlig von der islamistischen Erdogan-Partei AKP kontrolliert wird. Es ist zu befürchten, dass in diesen Moscheen nicht nur Nächstenliebe und Friedfertigkeit gepredigt werden. Was hinter den Mauern dieser Moscheen geschieht, bestimmt nämlich Ankara. Berichte über Hassprediger, die auf deutschem Boden gegen Juden und Christen hetzen, lassen aufhorchen.

Die Zuwanderungswelle aus Syrien hat es dem IS ermöglicht, nahezu unauffällig radikalisierte Dschihadisten und Schläfer nach Europa einzuschleusen. Versehen mit gefälschten Pässen und mehreren Aliasdaten schaffen es die Täter, sich in Westeuropa zu etablieren, Netzwerke aufzubauen, Kontakte zu knüpfen und sich für ihre Anschlagpläne vorzubereiten.

Und hier gibt es immer wieder auch einige Moscheen, die eine zentrale Rolle spielen. Teilweise wurden manche Moscheen als Treffpunkte für salafistische Extremisten benutzt. Bei den Gemeindegliedern haben die Terroristen Unterstützung oder zumindest Unterschlupf gefunden. Inzwischen wissen wir, dass Moscheevereine, Islamverbände und auslandsfinanzierte politische Gruppen mit ihrer gezielten Lobbyarbeit die stetige Aushöhlung unseres Verfassungsstaates betreiben.

Universell betrachtet ist der Islam eben nicht nur eine Religion, sondern vielmehr ein allumfassendes Gesellschaftssystem, das Recht und die Politik einschließt. Der Islam ist nicht nur Glaube, sondern für die Gläubigen auch Gesetz. Das höchste Gesetz ist die Scharia. Sie darf von keinem Gläubigen infrage gestellt werden. Das gesamte weltliche Gesellschafts- und Politikgeschehen ist diesem „Gesetz aus Allahs Hand“ unterzuordnen.

In diesem Zusammenhang gehört ‚iham‘, also die bewusste Täuschung der „Ungläubigen“, zum festen Repertoire muslimischer Politik, ein Instrument, auf das sich auch der deutsche Moschee-Verein DITIB vortrefflich versteht. Keine Täuschung, sondern bitterer Ernst ist indes, was Tayyip Erdogan sagt: "Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind. Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten".

Und wie antwortete doch der ehemalige Vorsitzende des Zentralrats der Muslime, Nadeem Elyas in entwappnender Offenheit auf die Frage, ob der säkulare Rechtsstaat eine unumstößliche Grundlage sei? „Ja, solange Muslime in der Minderheit sind“.

Der Islam kennt keine Säkularisierung, keine Reformation, keine Aufklärung, keine Trennung von Religion und Staat. Er ist geistesgeschichtlich

im siebten Jahrhundert stehen geblieben. Der Begriff „Islam“ bedeutet übersetzt „Unterwerfung“, „Niederwerfung“. Die Moschee ist der Ort der Niederwerfung. Sie ist wohl auch ein Gebetshaus, aber wegen der alle Lebensumstände umfassende Lehre, eines geschlossenen Gesellschaftssystems eben auch ein Ort der Versammlungen und der Politik. Allein schon deshalb ist die Moschee mit einer Kirche nicht zu vergleichen.

Ob es nun Minarette, Moscheen, Muezzin-Rufe, Kleiderordnung, die Einforderung von Geschlechtertrennung, das Einklagen von Kopftüchern im öffentlichen Dienst sind, oder Friedensrichter, Schariagerichtsbarkeit, Parallelgesellschaften, „Ehrenmorde“, Zwangsverheiratungen und die Akzeptanz von Kinderehen – dies alles dient nur einem Ziel: der Islamisierung der Gesellschaft. Der Weg zu diesem Ziel ist mancherorts weit fortgeschritten: Parallelgesellschaften, rechtsfreie Räume auf deutschem Boden, „No-go-Areas“ sind beredtes Zeugnis einer „gelungenen“ Islamisierung.

Da wir glücklicherweise in einem freien Land leben, steht Religionsfreiheit in Deutschland nicht zur Disposition. Selbstverständlich darf es, muss es natürlich deshalb Räume zur Religionsausübung, zum Gebet geben. Doch dafür braucht man keine martialischen Minarette mit 20 Meter hohen Türmen. Das hat mit purer Religionsausübung nichts gemein.

Diese imperiale Architektur ist als Machtdemonstration und Provokation zu verstehen. Sie soll

steinerner Beweis einer fortgeschrittenen Islamisierung sein. Der Islam gehört nicht zu Deutschland. Deshalb gehören solche Monsterbauten ebenfalls nicht zu Deutschland. Eine Mehrheit der Deutschen lehnt diese extrem auffälligen Gebäude in ihrer kolonialen Machtopsik ab. Das gilt für meine Heimatstadt Stuttgart genauso wie für Kornwestheim und andere Städte.

Es ist gut, dass die Menschen sich zu wehren beginnen. Der Fall des Byzantinischen Reiches, der sich 1453 in Konstantinopel am Bosphorus ereignete, und der 1529 und 1683 ganz Wien an der Donau bedrohte, setzt sich nun im 21. Jahrhundert an der Spree in Berlin und in Gesamtdeutschland fort.

Die Strategie freilich ist eine völlig andere: Statt archaischer Krummsäbel und Belagerungen durch muslimische Heerestruppen setzt der Eroberungszug des Islam in Deutschland heutzutage auf Geburten, illegale Einreisen, Parteigründungen, Moscheebauten und Lobbyarbeit bei den etablierten Parteien sowie den christlichen Amtskirchen.

Seine schärfste Waffe hat die Islamisierung aber in Gestalt einer Frau (im Islam wäre sie selbst rechtlos) und ihren politischen Richtungsentscheidungen am Gesetz vorbei: A. Merkel.

Das Volk hat entschieden: Die auf einem städtischen Grundstück in Kaufbeuren geplante DiTiB-Moschee darf nicht gebaut werden. Das ergab jetzt ein Bürgerentscheid in der 40.000 Seelen Stadt im bayerischen Allgäu. Es ist das erste Mal, dass in Deutschland ein Moscheebau per Referendum verhindert werden konnte.

Das Ergebnis des Bürgerentscheids fiel überdeutlich aus: Knapp 60 Prozent der Kaufbeurer Bürger lehnten den Moscheebau durch den umstrittenen Moscheeverein „DiTiB“, der ja direkt der staatlichen türkischen Religionsbehörde untersteht und somit der verlängerte Arm Erdogans in Europa ist, entschieden ab. Die Wahlbeteiligung lag mit 45 Prozent weit über dem notwendigen Quorum von 20 Prozent und zeigt, wie wichtig den Kaufbeurern der Schutz ihrer Heimat vor der Islamisierung ist.



Landesregierung gibt bekannt:

In Baden-Württemberg 2017 mehr Muslime und Messerstechereien

Zwei Meldungen der grün-schwarzen baden-württembergischen Landesregierung innerhalb weniger Tage lassen aufhorchen. In Baden-Württemberg ist die Zahl der Muslime gestiegen. Die Regierung schätzt, dass inzwischen mindestens 812 000 Menschen muslimischer Herkunft bei uns leben. Das entspricht in etwa der Zahl der AfD-Wähler bei der Landtagswahl 2016. Seit 2005, so listet die Regierung auf, ist die Zahl der muslimischen Mitbürger somit um 35 Prozent gewachsen.

Damals war man von einem Anstieg von 23 Prozent ausgegangen. Jeder 13. Bürger in Baden-

Württemberg ist somit Moslem. 2005 lag ihr Anteil noch bei 5,7 Prozent der Bevölkerung, also mehr als eine Verdoppelung des Anteils im Vergleich zu 2005. Muslime stellen 7,5 Prozent der gesamten Bevölkerung im „Ländle“. Bei jüngeren Menschen ist der Anteil muslimischer Schüler rund doppelt so hoch. Das Kultusministerium schätzt ihre Zahl auf 180 000. Diese Entwicklung hat natürlich Folgen. Unter anderem für Kindergärten, Schulen und Pflege.

Drei Tage später die zweite offizielle Mitteilung. Verfasser dieses Mal: Innenminister Strobl (CDU). Strobl zeigte sich darin besorgt wegen der hohen

Zahl von Straftaten mit Messern. Diese Messerstechereien werden im Land seit 2013 gesondert erfasst. Dabei zeigt sich bis 2016 ein stetiger Anstieg. Zu Erinnerung, die von Merkel tolerierte Masseneinwanderung überwiegend junger männlicher Muslime fand im „schwarzen Herbst“ 2015 statt. Strafbare Handlungen mit Messern ereigneten sich 2013 im Land 5 255-mal. 2016 waren 6240 solcher Messertaten zu beklagen. Vergangenes Jahr stagnierte diese Zahl mit 6231 auf diesem hohen Niveau. Bei den Tatverdächtigen gelten Menschen mit Migrationshintergrund als Deutsche, wenn sie über einen deutschen Pass verfügen.

Fauler Diesel-„Kompromiss“ lässt Ursachen vergessen: Die Vernichtung von Volksvermögen wird gnadenlos durchgezogen

Um zu zeigen, dass man nach der Maaßen Hetzjagd und den Seehofer-Kapriolen bei Sachthemen noch zusammenfinden kann, haben sich Merkel und ihre Koalitionspartner des Linksblockes beim Thema Diesel-Kraftfahrzeuge auf einen Kompromiss verständigt. Der ist gleichwohl das Papier nicht wert, auf dem er in einer Nacht- und Nebelaktion unter dem Druck, Handlungsfähigkeit zu demonstrieren, hastig niedergekritzelt wurde.

Die Spitzen der schwarz-roten Bundesregierung hatten sich nach langem Streit auf ein „Paket“ geeinigt, um Diesel-Fahrverbote in Städten mit hoher Schadstoffbelastung zu verhindern. Die könnten wegen der Klagen der Deutschen Umwelthilfe (DUH) nach einer letztinstanzlichen Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts in 14 Städten unausweichlich werden. Das Programm sieht Anreize zum Kauf neuer Wagen vor. Für umstrittene Motornachrüstungen bei älteren Autos fehlen noch grundlegende Zusagen der Autobauer. Unklar ist zudem die Kostenfrage. Die Autohersteller wollen diese nicht komplett übernehmen.

Professor Ferdinand Dudenhöffer, von der Universität Duisburg-Essen, urteilt: „Mein erster Eindruck war, dass es sehr unpräzise und vage war, dass Informationen gefehlt haben. Und da frage ich mich schon: Wenn man seit drei Jahren vom Dieselskandal weiß und bereits mehrere Dieselpföpfe stattgefunden haben, warum geht man

dann mit solch lückenhaften Informationen an die Öffentlichkeit und verkauft es als großes Paket?“. Die übliche Taktik von Frau Merkel eben, um sich über den Tag zu retten. Aktionismus im Blindflug, Ziel ungewiss, Landung übrigens auch, Absturz sehr wahrscheinlich.

Die geplanten Umtauschprämien für Dieselfahrzeuge der Euronorm 4 und 5 sind eine Bankrotterklärung der Merkelpolitik: Deren Handlungsfähigkeit manifestiert sich darin, dass sie vorab mit der Industrie im Hinterzimmer ausgeklügelte Rabatte für den „Umtausch“ von Fahrzeugen als „großen Wurf“ verkauft.

Die Vernichtung von Volksvermögen durch Enteignung wird aus ideologischen Gründen gnadenlos durchgezogen, koste es, was es wolle – bezahlt wird ja nur mit Geld der Bürger. Wer vor drei Jahren ein Dieselfahrzeug finanziert hat, kann sich nicht morgen mit einer - angesichts des Neupreises - lächerlichen Prämie ein neues Auto zulegen, zumal, wenn der laufende Kredit beispielsweise für einen Euro-5/V-Diesel noch nicht abbezahlt ist. Was bei der Anschaffung eines Fahrzeugs gestern geltendes Recht war, kann heute nicht plötzlich Unrecht sein.

Zu den Ursachen - also wem haben wir den ganzen Diesel-Schlammassel zu verdanken? Wie die meisten Übel zum Nachteil des deutschen Volkes, der den Akteuren in Brüssel, die mit allen Händen nach dem deutschen Geld greifen.

Die EU-Behörden beschäftigen sich nämlich in ihrem Zentralisierungs- und Umverteilungswahn hauptsächlich damit, wie sie Deutschland auspressen können. So nahm also in Brüssel das Unheil 1999 seinen Anfang. Damals wurde von der EU nach langen Verhandlungen ein völlig willkürlicher Grenzwert von 40 Mikrogramm Stickoxid (NO₂) pro Kubikmeter Luft im Jahresmittel festgesetzt.

Ein Wert, der sehr bequem mit einem unseriösen Report der Weltgesundheitsorganisation, der WHO korrespondierte. In der entsprechenden WHO-Studie blieb nämlich beispielsweise die Frage unberücksichtigt, ob ein Proband Raucher war oder nicht. In Wirklichkeit ging es in der Grenzwertfrage nur vordergründig um „saubere Umwelt“ oder „Volksgesundheit“. Vielmehr verfolgten die Brüsseler Mitwirkenden ein ganz anderes Ziel: die alte sozialistische Ideologie der Abschaffung des Individualverkehrs.

Dass für die Umsetzung des EU-Grenzwert-Beschlusses in der Zukunft andere verantwortlich sein würden, machte die Sache für die Beteiligten (schon damals überwiegend linksradikale umwelt- und klimabewegte Politideologen) einfach. Keiner von ihnen hatte 1999 auch nur den Hauch einer Ahnung, wie man diesen Grenzwert jemals erreichen könnte. An der Spitze der Bewegung: Ex-Kommunist Jürgen Trittin. Man erinnert sich, die Grünen waren 1998 von der SPD ins Koalitionsboot gehievt worden.



Umweltminister, der Grüne Trittin, auf dieses Amt durch seine marxistisch-kommunistische Vergangenheit bestens vorbereitet, um unter Öko-Flagge erst alles gleich und danach noch gleicher zu machen. So war Herr Trittin in Brüssel natürlich Vorkämpfer für den absurden Grenzwert-Beschluss. Die Richtlinie wurde 2002 – unter Rot-Grün – vom deutschen Gesetzgeber in nationales Recht umgesetzt. Die EU räumte gleichwohl „großzügig“ eine Übergangsfrist bis 2010 ein. Falls danach die Werte überschritten würden, waren die Mitgliedsländer zur Aufstellung von „Luftreinhalteplänen“ zur Schadstoffminderung verpflichtet.

Der absurde Unsinn eines 40 Milligramm-NO₂-Grenzwertes an viel befahrenen Kreuzungen zeigt sich nicht zuletzt darin, dass an Industriearbeitsplätzen in Deutschland in einem **geschlossenen Raum ein Grenzwert von 950 Mikrogramm** NO₂ pro Kubikmeter Luft zulässig ist. Im Übrigen ist die Luft in Deutschland insgesamt so rein wie nie zuvor in einem Industrieland, die Autoabgase sind schadstoffärmer denn je und allein die vor allem bei Dieselaggregaten anfallenden **Stickoxidemissionen** in den vergangenen 25 Jahren um **70 Prozent gesunken**. Aber linksgrüne Gesinnungstäter lassen sich durch lästige Fakten nicht von ihrem wahnsinnigen Tun abbringen.

Gesichert sind Gesundheitsschädigungen durch NO₂ ab einer Konzentration von 20.000 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft. Schädigungen durch geringere Konzentrationen werden dagegen nur vermutet. Es ist offensichtlich nicht möglich, in diesem Bereich den Einfluss des Stickstoffdioxids von überlagernden anderen Luftanteilen, wie Feinstaub und Spurengasen, die gleichfalls zu Schädigungen führen können, herauszufiltern. Unseriös und willkürlich wie der Wert an sich sind die Messmethoden:



Gemessen wird nämlich an sogenannten „Hotspots“. Da, wo das Verkehrsaufkommen besonders hoch ausfällt. An dieser Stelle der Geschichte akzeleriert der Wahnsinn nun noch einmal deutlich: So exakt die Messwerte definiert sind, so schwammig sind die Vorgaben, nach denen sie ermittelt werden. Laut EU dürfen die Messstellen **bis zu zehn Meter** vom Fahrbahnrand entfernt stehen.

Die Messstation am Stuttgarter Neckartor beispielsweise wird aber lediglich durch einen Bürgersteig von der Straße getrennt – und steht überdies noch vor einer großen Gebäudefront, weshalb sie natürlich weit mehr Schadstoffe misst als auf der gegenüberliegenden Seite. Zugleich kursieren im Internet Fotos von einer Messanlage in Athen, die von der Straße durch eine großzügige Fußgängerpromenade getrennt ist.

Während in anderen Ländern im Rahmen der EU-Gesetze Messstationen also teilweise unter Palmen stehen, bemühen wir Deutsche uns, Höchstergebnisse zu messen. Dem kollektiven suizidalen Schuldgen sei's gedankt. Übrigens kennt man weder in Frankreich, Spanien noch Italien eine derartige Diesel-Hatz und Diffamierungskampagne wie in Deutschland, obwohl – oder gerade deshalb (?) – in diesen Ländern der Marktanteil des Selbstzünders an den Pkw-Zulassungen wesentlich höher liegt.

Angesichts der Grenzwertwillkür haben deutsche Autohersteller betrogen, um dem ökosozialistischen Wahnsinn zu genügen. Da ist nichts zu beschönigen. Aber wenn die deutsche Bundeskanzlerin jetzt in rüder Form – wie beim Deutschlandtag der Jungenunion geschehen – die Autoindustrie zum alleinigen Sündenbock stilisiert, ist das ebenfalls als Betrug zu werten, am deutschen Volk. Nur: Merkels Beweggründe sind niedriger.



Kann die Automobilindustrie ihre Verantwortung für rund 800 000 Arbeitsplätze entlastend ins Feld führen, zeigt Merkel auch in der Diesel-Frage, dass sie in Wirklichkeit nicht die Interessen Deutschlands vertritt. Sonst hätte sie der deutschen Öffentlichkeit gegenüber die Pflicht gehabt, zuzugeben, dass die Durchsetzung völlig **willkürlicher Grenzwerte der Eurokraten nur ein Ziel** hat: Die weltweit führende deutsche Diesel-Technologie und damit den industriellen Kern Deutschlands zu vernichten. Merkel weiß das. In der DDR wurde sie zur Physikerin promoviert. **Auf wessen Seite also steht Angela Merkel eigentlich?**

Neuer Merkel Murks: Prüfer stellen fest: Wirtschaftsminister Peter Altmaier verschwendet unsere Steuergelder mit Missmanagement

Wenn Wahnsinn zur politischen Handlungsmaxime wird, kann nichts Gutes bei herauskommen. Bei der Links-Koalition in Berlin ja eigentlich fast symptomatisch. Paradebeispiel ist der von A. Merkel eigenmächtig verkündete Ausstieg aus der Atomenergie im Jahre 2011 (im gleichen Jahr beschloss sie übrigens auch die Abschaffung der Wehrpflicht) – wie gehabt am Parlament vorbei. Die willfährigen Abgeordneten in CDU und CSU nickten diese Beschlüsse der von ihr gestützten Autokratin – wie gehabt – artig ab.

Die Folgen diese Vereinbarungen tragen, wie auch bei der von Merkel angerichteten Asylkatastrophe, wie immer die Bürger. Die Stromkosten kletterten nach der überstürzten und kopflosen Energiewende für die Verbraucher in Deutschland stramm nach oben. Im Vergleich: Die deutschen Strompreise liegen im Vergleich schon lange weit über dem europäischen Durchschnitt. 2017 hat Deutschland nun auch den ersten Platz des sogenannten Eurostat Rankings erreicht.

Mit einem durchschnittlichen Strompreis von 30,5 Cent pro Kilowattstunde (Cent/kWh) führt Deutschland diese Negativliste an. Der europäischen Statistik zufolge müssen Stromkunden in Deutschland mehr als doppelt so viel bezahlen wie ihre Nachbarn in Tschechien (14,4 Cent) und in Polen (14,6 Cent). Aber auch Frankreich ist mit 16,9 Cent/kWh im Vergleich sehr günstig gefolgt von Österreich mit 19,9 Cent. Abwickeln soll den Unsinn der Energiewende Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier.

Der leider politisch nicht als Schwergewicht in Erscheinung getretene Merkel-Vertraute ist damit offenbar heillos überfordert. Und: Leider kann Altmaier offensichtlich nicht mit Geld – unserem Geld – umgehen. Das schrieben ihm jetzt die Beamten des Bundesrechnungshofes ins Stammbuch. Verheeren-

des "Missmanagement und Verschwendung" testieren die Prüfer Altmeiers Aktivitäten in Sachen Energiewende.

In ihrem jüngsten Bericht zur Lage kommen die staatlichen Kassenprüfer zu dem Schluss, dass der Umbau der Energieversorgung in Deutschland zwar viel Geld koste, dabei aber wenig bringe: "Die Prüfung des Bundesrechnungshofes zeigt, dass dies auch auf Mängel bei der Koordination und Steuerung der Energiewende durch das Bundeswirtschaftsministerium zurückzuführen ist."

Aber es kommt noch schlimmer:

Die Beamten warnen vor der Gefahr, dass das Jahrhundertprojekt scheitert. „Ernüchternd ist vor allem: Der enorme Aufwand, der betrieben wird, die großen Belastungen für Bürger und Wirtschaft, all das steht in krassem Missverhältnis zu dem bisher dürftigen Ertrag“, bemängelte Rechnungshofpräsident Kay Scheller.

Seine Fachleute beziffern die Ausgaben für die Umstellung auf eine grüne Stromerzeugung für vergangenes Jahr auf 34 Milliarden Euro. In den letzten fünf Jahren liegen die Kosten demnach bei 160 Milliarden. Trotz all der Anstrengungen sinke der Ausstoß Deutschlands an Klimagasen nicht. Die Liste der Mängel ist lang. In Altmaiers Ministerium befassen sich laut Rechnungshof rund 300 Beamte in 34 Referaten mit der Energiewende. Eine derart aufgeblähte Bürokratie für Nichts kennt man sonst nur aus Zentralverwaltungs-Wirtschaftssystemen wie der DDR.

Die Beamten in Altmaiers Ministerium versuchen mit 26 Gesetzen und Verordnungen den komplexen Prozess zu steuern. Dabei fehle es an Durchblick, kritisiert der Rechnungshof: "Viele Daten haben kaum Steuerungswert oder stehen zu spät zur Verfügung",

heißt es in dem Bericht. Die Kontrolleure zählen außerdem einen ganzen Strauß an Förderprogrammen auf, bei denen die dafür vorgesehene Mittel im Bereich von unter fünf Prozent abfließen, wie zum Beispiel für die Energieberatung, zur Steigerung der Effizienz von Heizungen und Pumpen sowie für die Stromeffizienz in Firmen. Also der sinnlose Versuch dieses Programm irgendwie durchzubekommen.

Deutschland braucht keine Energiewende, sondern eine Wende in der Regierung. Merkel und Consorten wirtschaften langsam unser Land durch Umvolkung per Masseninvasion mit unabsehbaren Milliardenkosten und einer völlig unrealistischen Energiepolitik zugrunde. Deutschland hat keine Grenzen mehr. Deutschland ist nicht mehr wehrfähig, weil die Ausrüstung der Bundeswehr verlottert.

Die vereinigten Links-Grünen unter Merkel streben Deutschlands Deindustrialisierung an. Der Schlüsselindustrie Deutschlands, der Automobilindustrie werden nämlich systematisch immer neue Fesseln angelegt. Das stärkt ausländische Konkurrenten und kostet hierzulande hunderttausende Arbeitsplätze. Und schließlich: Die eigene Bevölkerung wird sukzessive durch Einwanderer verdrängt. Wer soll dann die Zeche bezahlen?

Das hat Deutschland nicht verdient. Merkel muss weg. Wir brauchen eine Alternative – mehr denn je. Die Alternative für Deutschland.



Bürgerdialog

Liebe Freunde und Interessierte, wenn Sie sich mit Herrn Professor Lothar Maier, MdB in seinem Wahlkreisbüro austauschen möchten wenden Sie

sich bitte an die E-Mail Adresse:

lothar.maier.ma01@bundestag.de

um einen persönlichen Termin zu koordinieren.

Generaldebatte im Bundestag: Erinnerung an die DDR – A. Merkel redet alle und alles in Grund und Boden - Wie einst Honeckers zum Fünfjahresplan

„Wir müssen – wir haben auf den Weg gebracht – wir sind noch nicht da, wo wir hin wollen – wir haben einen Beirat geründet...“. Angela Merkel, Noch-Bundeskanzlerin, kann ihre Herkunft nicht verbergen. Bei der traditionellen Generaldebatte im Deutschen Bundestag schaffte es die 64jährige wieder einmal, mit einer Bla-Bla-Rhetorik, die an schlimmste DDR-Zeiten erinnert, Freund und Feind zu paralysieren.

Worthülsen und Phrasen, ein multikulti-buntes Feuerwerk der Belanglosigkeit in Stakkato-Manier ins Firmament des Parlaments geschossen und im Nichts verglüht. Oder mit einem anderen Bild gesagt, der Deutsche Bundestag sah sich von Merkel-Seifenblasen umhüllt, aber „blubb“ – wie geblasen so zerplatzt. So redet Merkel alle und alles in Grund und Boden. Artig bedankt sich die Kanzlerin und nimmt auf dem Stuhl Platz, auf dem sie Deutschland zu einem anderen Land machen will.

Planvoll und geschickt verpackt, flackert vor allem durch das, was sie nicht sagt - für den, der sehen kann und will - hinter dem Vorhang das Irrlicht eines Art globalen Reformkommunismus. Sie nennt das freilich im Plenum „...das geht natürlich nur in einer europäischen Lösung...“. Ihre Rede erinnerte im Duktus schmerzhaft an Onkel Erichs Märchenstunde, als der frühere SED-Generalsekretär Honecker zu DDR-Zeiten seine völlig aberwitzigen Fünfjahrespläne präsentierte.

Zutiefst von kommunistischen Denkmustern geprägt, familiär sozialisiert in einer Symbiose von Marxismus und verfälschtem, weil Kommunismus-affinen Christentum verwurzelt, hat sie zunächst als Vorsitzende thematisch eine ganze Partei (die ihr bis dato völlig fremd war), die CDU, entkernt und ausbluten lassen. Und nun folgt augenscheinlich Deutschland. Wie anders wäre es auch sonst zu erklären, millionenfach überwiegend

männliche, junge Muslime im besten wehrfähigen Alter ohne weiteres in unser Land zu lassen?

Zum Wohle Deutschlands, dem sie kraft Amtseid eigentlich verpflichtet ist, geschah dies nicht. Es zeigte sich auch bei der aktuellen Generaldebatte im Deutschen Bundestag, dass Merkels Handeln also nicht ausschließlich von Opportunismus bestimmt sein kann. Vielmehr entscheidet sie gerade in der Frage der Masseneinwanderung aus tiefster Überzeugung. Dass sie sich trotzdem so lange an der Macht halten kann, verdankt sie ihrer perfekt inszenierten Maske. Mit ihr verbirgt sie, was sie wirklich denkt. So wundert es nicht, dass ihre Helfershelfer, die rot-grünen Blockparteien CDU/CSU, SPD, Grüne und die DIE LINKE, im Grunde ihre Galionsfigur auf dem Weg zu einem anderen Deutschland im Bundestag wieder einmal ziemlich ungeschoren davonkommen ließen.

Kredite ohne Sicherheit – Gibt's nicht! Doch! Bundesbank hat Forderungen von 960 Milliarden im Transfersystem mit nationalen Zentralbanken in Europa – Billionen Zeitbombe tickt

Kredite ohne Sicherheiten? Das gibt's doch gar nicht! Doch! Das Transfersystem der europäischen Zentralbanken macht's möglich. Das Zauberwort heißt „Target“(Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer System). Ein System, das zwischenzeitlich seit seinen Anfängen 2007 in zweiter Generation als „Target2“ praktiziert wird. Gemeint ist damit - vergrößert gesagt - ein Zahlungsverkehrssystem zwischen Finanzinstitutionen, vor allem Kreditinstituten, über das nationale und grenzüberschreitende Zahlungen in Zentralbankgeld schnell und endgültig abgewickelt werden. Die technische Infrastruktur der Individual-Zahlungsverkehrssysteme der **nationalen Zentralbanken** innerhalb des Eurosystems sind so mit denen der **Europäischen Zentralbank (EZB) verzahnt**.

Das System funktioniert aber nur, solange das Eurosystem unverändert fortbesteht. Steigt ein Land aus dem Euro aus, müssten die Forderungen

und Verbindlichkeiten seiner entsprechenden nationalen Zentralbank vollständig beglichen werden. Damit erscheinen Target-2-Salden in anderem Licht: Sie sind eben wegen dieser möglichen Fälligkeit auch Kredite. Im August 2018 verzeichnete die Deutsche Bundesbank einen positiven Target-2-Saldo in Höhe von etwa 912,45 Milliarden Euro.

Dies bedeutet, dass die **Bundesbank rund 912,45 Milliarden Euro grenzüberschreitende Forderungen** gegenüber den anderen am Target-2-System teilnehmenden Zentralbanken hat. Das ist ein Volumen im **Gesamtwert des Bundeshaushalts der vergangenen drei Jahre**. Target-2-Verbindlichkeiten eines austretenden Landes, die nicht vollständig erfüllt werden, führen automatisch zu Verlusten bei den im Euro verbliebenen Zentralbanken, da man sich das Geld bei einem austretenden Land schwerlich mit Waffengewalt holen kann.

Im Falle der Bundesbank reden wir also von einem Verlustrisiko in dreistelligem Milliardenbereich, weil Deutschland für 26 Prozent aller Risiken haftet, die von der EZB eingegangen werden. Ex-Ifo-Chef Sinn bringt es auf den Punkt: "Wenn die Länder, deren Banken die Kredite gegeben wurden, zahlungsunfähig werden, haftet Deutschland. **Es tun sich Abgründe auf.**"

Aktuell diskutiert wird ein derartiges Szenario für Italien. Leicht könnte Rom „frisches Geld“ mit der Drohung fordern, dass ansonsten seine bisherigen Verbindlichkeiten in den Wind zu schreiben sind. Diese Target-2-Salden beinhalten also ein Risiko- und Erpressungspotenzial. Rein rechnerisch ist in Deutschland mittlerweile jeder Bürger mit 12 000 Euro an Target-2-Risiko belastet. Kredite ohne Sicherheiten? Tatsache ist, dass die Deutsche Bundesbank **für ihre Kredite keine Zinsen** bekommt. Bei Fälligkeit müsste eben mangels Sicherheiten - wie so oft - der deutsche Steuerzahler ins Obligo treten.

Im Fall eines Konkurses der Banca d'Italia müsste die Deutsche Bundesbank nicht nur 26 Prozent des Verlustrisikos, sondern 31 Prozent tragen, weil das Gewicht jener Länder, die sich den Verlust dann teilen müssen, wegen der Größe Italiens deutlich kleiner wird und Deutschland daran einen entsprechend größeren Anteil hat. Sollten auch noch die Zentralbanken der anderen südeuropäischen Krisenländer sowie Frankreichs insolvent werden, läge der Verlustanteil der Bundesbank bereits bei 60 Prozent.

Zur Jahresmitte 2018 betrug die italienische Target-Schuld 481 Mrd. Euro. Das war gut die Hälfte der Bilanzsumme von 2017 und 356 Mrd. Euro mehr als das Eigenkapital inklusive der Reserven. Es lag bei 124 Mrd. Euro. Somit stünde Deutschland im Falle einer Zahlungsunfähigkeit der italienischen Zentralbank wegen eines Totalausfalls der italienischen Geldschöpfungskredite mit 110 Mrd. Euro im Risiko. Wohlgermerkt, dieses Risiko ist nicht „besichert“!

Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag fordert deshalb, für die Deutsche Bundesbank Sicherheiten wegen dieser exorbitanten Kredite einzufordern. Alleine die entgangenen Zinseinnahmen sind in einem zweistelligen Milliardenbereich anzusetzen. Eine nur steuerbesicherte Kreditvergabe ohne Fälligkeitsdatum, ohne Tilgungsverpflichtungen und ohne Verzinsung – keine Privatbank wäre unter diesen Konditionen bereit, auch nur einen Cent zu verleihen.

Da es Kredite ohne Sicherheiten zum letztendlichen Nachteil der deutschen Steuerzahler nicht geben kann, fordert die AfD-Bundestagsfraktion in ihrem Antrag die Bundesregierung auf, in den anstehenden Verhandlungen auf europäischer Ebene sich dafür stark zu machen, dass nationale Zentralbanken mit Target-Verbindlichkeiten werthaltige marktfähige Sicherheiten zunächst auf die EZB übertragen müssen.

In einem weiteren Schritt muss die EZB dann diese Sicherheiten wiederum an die nationalen Zentral

banken mit Target-Forderungen weiterreichen. Für die „Besicherung sind Vermögensgegenstände in absteigender Bonität zu verwenden, beginnend mit den am höchsten eingestuft, im Eigentum der jeweiligen Zentralbank befindlichen Vermögensgegenständen“, heißt es in unserem Antrag. Das Target-System hat sich jahrelang einer parlamentarischen Kontrolle entzogen. Seine Einführung hat der EZB-Rat selbst beschlossen, ohne dass jemals ein demokratisch gewählter Abgeordneter damit befasst war.

Und auch im Maastricht Vertrag zur fatalen Währungsunion findet sich kein Wort darüber. Target2 bedeutet für Deutschland eine bald billionenschwere tickende Zeitbombe. Dazu noch einmal Hans-Werner Sinn: „Vollständig im Risiko steht die deutsche Target-Forderung, sollte der Euro zerbrechen. In diesem Fall ist damit zu rechnen, dass Deutschland seine gesamte Target-Forderung verliert, weil die Rechtsbasis der Target-Kredite für diesen Fall nicht definiert ist.“

Menschenjagd in Berlin Mitte:

Er sagte die Wahrheit - Maaßen sollte persönlich vernichtet werden - Merkel und Genossen machen Deutschland zur Bananenrepublik

Wer die beiden linksradikalen Schreier Schulz und Kahrs im Plenum des Deutschen Bundestages ertragen musste, war nicht nur Zeuge einer beispiellosen Entgleisung zweier Abgeordneter. Diese beiden von blankem Hass gegen die AfD entstellten SPDler setzten mit ihrem hässlichen Auftritt eine Markierung: einen neuen Tiefpunkt der Parlamentskultur in Deutschland. Eine weitere Flaute der politischen Kultur insgesamt stellt der Umgang mit dem Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), Dr. Hans Georg Maaßen dar.

Schulz' und Kahrs' Gesinnungsgenossen in der SPD-Führung forderten den Kopf Maaßens. Warum? Weil Linksradikale behaupteten, bei einer Trauerkundgebung habe es eine „Hetzjagd“ gegen Ausländer gegeben. Diese Aussage machte sich die gesamte linke Keulenriege zu Eigen: Merkel mit ihren Regierungsgenossen, assistiert von einschlägig vorbelasteten links-grünen sogenannten Journalisten, die in Wirklichkeit Gesinnungstäter sind.

Vom ermordeten Opfer der ausländischen Messerstecher sprach von dem Moment an im politischen und medialen Linkblock in Deutschland niemand mehr.

Dass dabei eben mal kurz ein Tagesschaubeitrag mit falschen Bildern aufs Größte manipuliert wird, um die Lüge der „rechten Umtriebe“ noch authentischer „belegen“ zu können, störte weder den Deutschen Journalisten-Verband noch den Presserat. Man verfolgt ja dieselbe Mission „gegen rechts“, da ist lügen und betrügen erlaubt.

Deshalb meldete sich Maaßen zu Wort. Er gab – gestützt auf geheimdienstliche und polizeiliche Erkenntnisse – zu Protokoll, dass das Video, auf dem einem fremdländisch aussehenden Mann kurz nachgestellt wird, dubiosen Ursprungs sei und gute Gründe dafür sprächen, dass es sich dabei um, Zitat – „eine gezielte Falschinformation handelt, um möglicherweise die Öffentlichkeit von dem Mord in Chemnitz abzulenken“. Diese amtliche Feststellung deckte sich mit den Beobachtungen der Polizei, der Chemnitzer „Freien Presse“ und Sachsens Generalstaatsanwaltschaft.

Bis zum heutigen Tag steht fest: In Chemnitz gab es keine Hetzjagd. Aber in Berlin-Mitte. Ihr Opfer: Hans-Georg Maaßen. Sein Vergehen: Er hatte das Lügengebäude der ideologisch willkommenen Bilder angeblich rechter Gewalt wie ein Kartenhaus zum Einsturz gebracht. Wie beim Prinzip „Kindesmund tut Wahrheit kund“, hatte Maaßen gleichsam wie im Andersen Märchen gewagt, es auszusprechen:

„Der Kaiser ist ja nackt...“ Maaßen war damit zum Abschluss freigegeben. Die Schweißhunde der linksradikalen Meute in Politik und Medien bissen sich fest. An vorderster Front: Frau Nahles, dauerkichernde Chefin einer werdenden Splitterpartei, die sich einst der Sozialdemokratie verpflichtet fühlte.

Noch nie in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gab es eine derartige Hetzkampagne gegen eine einzelne Person wie den Totalangriff auf Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen durch eine linksradikale Medien- und Politikclique. Es ging dabei nicht um Kritik. Es ging um Vernichtung: In einem Post des ZDF-Magazins „heute-show“ wurde Dr. Hans-Georg Maaßen als „Schädling“ bezeichnet. „Volksschädling“ – diese menschenverachtende Titulierung ist ein Überbleibsel vergangener Regime.

Zur gegenseitigen Gesichtswahrung beschädigten Bundeskanzlerin und ihre Helfer Seehofer und Nahles das Ansehen der ihnen geliebten höchsten Staats- und Parteiämter. So leisteten sie der Politikverdrossenheit Vorschub und fügten der politischen Kultur unseres Landes einen irreversiblen Schaden zu.

Die Wahlverlierer Merkel und ihre Genossen in Union und SPD haben sich unseren Staat unter den Nagel gerissen und machen ihn zur Bananenrepublik. Es wird Zeit, dass wir uns unser Land zurückholen!

Die wahre Schande von Chemnitz: Nicht „Rechte“ bringen Menschen um, sondern Asyl-Messer-Männer

Die wahre Schande von Chemnitz besteht nicht in der Empörung der Bevölkerung wegen des bestialischen abscheulichen feigen Mordes an einem unbescholtenen Mitbürger, mutmaßlich begangen von einem Iraker und einem Syrer (durch Merkels Willkommens Wahnsinn nach Deutschland gespült), sondern in der Hetze der politischen und medialen Systemverantwortlichen gegen 8 000 demonstrierende Bürger, die damit ihre Trauer und ihre Solidarität mit dem Mordopfer bekunden wollten.

Mit dieser Hetze wollen die Merkel-Helfershelfer von ihrem eigenen Versagen ablenken. Der tatverdächtige Iraker nämlich, ein offenbar mehrfach vorbestrafter Asylbewerber, hätte längst nach Bulgarien abgeschoben werden müssen. Warum es nicht zu einer Abschiebung kam, ist unklar. Sachsens Ministerpräsident



Michael Kretschmer sagte, dass dafür das Bundesamt für Migration und der Bund zuständig seien. Wie die "Welt" berichtet, stellte Deutschland im Jahr 2016 über 4800 derartige Übernahmesuche an Bulgarien, von denen 2643 auch tatsächlich in die bulgarische Zuständigkeit fielen. Zurückgebracht wurden letztendlich nur 95 weitergereiste Asylbewerber. Diese geringe Zahl ist ein ungeheurer Skandal.

Zurück zu Chemnitz. Anders als den Menschen im öffentlich-rechtlichen Staatsfunk vorgegaukelt wird, sind nicht die demonstrierenden Bürger das Problem, sondern die Messermänner unter den Asylbewerbern. SIE sind die Mörder, NICHT die sogenannten „Rechten“. Jedes ermordete Opfer ist EINES ZUVIEL. Hätte Merkel im Herbst 2015 die hunderttausendfache Masseninvasion junger muslimischer Männer nicht zugelassen, würden wohl viele Menschen noch leben, vielen Frauen wäre sicher das furchtbare Verbrechen der Vergewaltigung oder Übergriffigkeit erspart geblieben.

Dass sich bei den Demos asoziale Alkoholiker mit Nazigesten und Sprüchen hervortun, kann nicht verhindert werden. Sie stellen aber eine verschwindende Minderheit unter den abertausend, aufgebrachtten Bürgern dar. Genau auf diese Minderheit stürzen sich die Linksmedien mit ihren Kameras und in ihrer Berichterstattung.

Linke Vertreter für „Vielfalt und Buntheit“ rufen in Chemnitz zu ‚Gegendemonstrationen‘ auf.

Wogegen? Nicht gegen die brutalen Messermörder, sondern natürlich gegen vermeintliche „Nazis“, „Rechtspopulisten“, die AfD natürlich und Pegida. Sie alle haben nicht gemordet. Sie haben nur einen klaren Standpunkt zu Recht und Unrecht, zu Sicherheit und Ordnung. Sie sind gegen eine islamistische Überfremdung. Deshalb sind sie denen aus den linken Reihen ein Dorn im Auge. Wie es sich für linke Scheuklappen-Gutmenschen gehört, gibt es in Chemnitz natürlich ein Rockkonzert „gegen rechts“.

Laut Bundeskriminalamt wurden 2017 über hundert Deutsche Opfer einer versuchten oder erfolgten Tötung beziehungsweise eines Mordes durch Zuwanderer. Im Bereich Mord und Totschlag fielen 112 Deutsche einer Straftat zum Opfer, an der mindestens ein tatverdächtiger Zuwanderer beteiligt war (2016: waren es 86 solcher Fälle). 13 Opfer wurden dabei getötet, heißt es in der BKA-Statistik. Damit stieg die Zahl der deutschen Zuwandereropfer innerhalb eines Jahres um 30 Prozent. Rund 39.000 Opfer von Straftaten, die von Migranten begangen wurden, waren im Jahr 2017 zu beklagen. Also etwa 106 Deutsche pro Tag.

Fanden sich Künstler zu Konzerten zusammen, um dieser Opfer zu gedenken? Erhielten die Angehörigen, die von Leid betroffenen Familien öffentlich bekundete Beileidsadressen? Etwa von Bundespräsident Steinmeier, der allen Ernstes auf Facebook für das Chemnitzer Konzert gegen „Rechte“ warb? Natürlich nicht.

DAS IST DIE WAHRE SCHANDE VON CHEMNITZ.

Kauder weg – Merkels Verfallsdatum längst abgelaufen Spät, viel zu spät besinnen sich Abgeordnete ihrer Verantwortung

Ralph, wer? Spät, viel zu spät besinnen sich die gewählten Abgeordneten der CDU/CSU darauf, dass sie nur ihrem Gewissen Verantwortung schulden. So steht es in unserer Verfassung in Artikel 38. Aussetzung der Wehrpflicht, Atomausstieg oder – gegen ihr eigentlich erklärtes Votum – staatliche Prämien für Elektroautos und so weiter und so fort. Alles haben sie durchgewinkt in der Bundestagsfraktion der CDU/CSU. Gewissen? Fehlanzeige. Dafür: Pfründenwirtschaft, Postengeschacher und Machtgier. Abgeordnete des Deutschen Bundestages, die es

zulassen, dass in einem Akt der Selbstermächtigung eine im Kommunismus sozialisierte Regierungschefin die Grenzen öffnet und Hunderttausende junge muslimische Männer im wehrfähigen Alter nach Deutschland einströmen lässt. Ohne irgendeine Beteiligung des Souveräns, nämlich des deutschen Volkes und seiner gewählten Vertrauensleute im Parlament, den Bundestagsabgeordneten. Sie haben sich entmündigen lassen, die bequemen Sessel und die stattlichen Bezüge im Berliner Reichstag waren zu verlockend, das süße Gift der Macht unwiderstehlich.

Deshalb teilte man sich das Bett mit der ungeliebten langsam zur Splitterpartei mutierenden SPD mit ihrer schrillen Vorsitzenden Nahles an der Spitze. Wahlverlierer unter sich rissen sich unser Land unter den Nagel. Wie konnte die politische Moral von über 200 Abgeordneten der Union so verkommen? Ihr Vorsitzender, Kauder, setzte sich über das Prinzip der Gewaltenteilung hinweg und machte mit der Kanzlerin gemeinsame Sache. „Ich kann deine Fresse nicht mehr sehen“ – das war der Ton, der die Musik in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ausmachte.

Kritiker, wie der von Anstand ausgezeichnete frühere Abgeordnete Wolfgang Bosbach, mussten sich mit dieser Formulierung aus den Niederungen der Proletensprache von Kanzleramtsminister Pofalla abkanzeln lassen. Er hatte es gewagt, im Oktober 2011 den aberwitzigen Euro-Rettungsschirm zu hinterfragen. Merkel zu kritisieren gilt als Majestätsbeleidigung in der verformten eigentlich freiheitlich-demokratischen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland. Dass es so weit kommen konnte, ist Kauders Verdienst. Wie Sepp Müller, CDU-MdB, offenbarte, wird man in dieser Fraktion schief angesehen, wenn man sich als junger Abgeordneter zu Wort meldet.

Seehofers Kapriolen, eine durchgeknallte SPD-Vorsitzende und der von ihr konstruierte

„Fall“ Maaßen. Wenige Wochen vor der Bayern- und Hessenwahl wagten die selbst-kastrierten Bundestagsabgeordneten der Union das Unglaubliche: Ralph, wer? Ja, mit denkbar knappster Mehrheit von 125 zu 112 Stimmen wählten sie Ralph Brinkhaus, einen völlig unbekanntes Abgeordneten aus Ostwestfalen, zu ihrem neuen Chef.

Sie hatten nämlich nach 13 Jahren Kauder plötzlich eine Alternative. Brinkhaus hatte seinerseits die Chuzpe, gegen Kauder, Merkels Vollstrecker in der Fraktion, zu kandidieren. Merkel und Seehofer hatten sich für Kauder nach Kräften ins Zeug gelegt. Ließ es sich doch unter seiner Fraktionsführung mit einer handzahmen CDU/CSU bequem am Parlament vorbei Regieren und nach Belieben

Schalten und Walten. „Alternativlos“, Merkels Mantra gibt's in einem demokratisch verfassten Staatswesen nicht. Also natürlich auch in Deutschland nicht. Deutschland hat eine Alternative. Mit Kauders Abgang neigt sich die unselige Regierungszeit Merkels zum Schaden unseres Landes dem Ende zu.

In aller Bescheidenheit: auch ein Verdienst der Alternative für Deutschland. Im Bundestag haben wir die nur noch an der Macht orientierte Politik der Linksregierung Merkel demaskiert. Im tristen „Merkel-Reich“ zeigt sich ein Silberstreif am Horizont: Merkel-Dämmerung. Lange wird sie sich nicht mehr halten können. Merkels Verfallsdatum ist längst abgelaufen.

Knapp 30 Jahre nach der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes: Merkels Vereinigungs-End-Ziel ist DDR 2.0 für Gesamt-Deutschland

Knapp 30 Jahre nach der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes und der Befreiung unserer ostdeutschen Landsleute aus der Geiselhaft der kommunistischen SED-Schergen (heute DIE LINKE im Deutschen Bundestag) tritt nach 13 Jahren Merkel Herrschaft immer deutlicher zutage, wohin die Reise geht: Endstation DDR 2.0, aber dieses Mal für alle Deutschen. Bespitzelung missliebiger demokratischer Mitbewerber, Schmähung, Diskreditierung und Ächtung Andersdenkender, Gefügigmachung der staatlichen Medien – mit deren unausgesprochenem Einverständnis – das alles gab es ja schon einmal. Man dachte, diese Zeiten seien vorbei.



Heute sind wir diesen Zuständen der DDR-Diktatur näher als manche erahnen. Unisono folgen sogenannte Leitmedien dem Regierungskurs einer Angela Merkel, holen sich scheinbar im Bundeskanzleramt ihren Tagesbefehl ab: ‚Grenzen auf und Willkommen‘. Alle machen mit - Parlamentsbeschluss – brauchen wir nicht. Akklamation reicht, wie weiland in der DDR eben. Der Bundestag verkommt so zur Volkskammer. Gefragt wird niemand, es sind ja eh alle von den vereinigten Links-Grünen-Block-Parteien dafür.

Das war die Lage in Deutschland 27 Jahre nach der Wiedervereinigung, 12 Jahre Merkel Herrschaft hinterließen Spuren. Bis die AfD in den Deutschen Bundestag gewählt wurde.

Was waren das doch 1989/90 für Zeiten, der Untergang der DDR 1.0-Diktatur. Mit der Einführung der D-Mark auch für unsere mitteldeutschen Landsleute wurde plötzlich Realität, wovon man dort nicht einmal zu träumen gewagt hatte. Durch die schnelle Vereinigung gab es aber auch Verwerfungen. Die meisten DDR-Betriebe waren allein nicht überlebensfähig. Viele Menschen rutschten in Notlagen, die Umwelt war vom Regime gnadenlos ausgebeutet und zerstört. Anfangsprobleme sind freilich kleiner geworden. Doch es gibt immer noch eine wirtschaftliche Kluft zwischen Ost und West. Es gibt aber noch andere Unterschiede. Die Ostdeutschen wissen, was Bevormundung und was Ideologie bedeuten. Deshalb kommt der offene Widerstand gegen die „von oben“ verordnete Multikulti-Vielfalt-Propaganda eher aus dem Osten. Dort weiß man das Gefühl der Heimat in Sicherheit und Freiheit zu schätzen.

Die Menschen in Ostdeutschland wollen sich diese Heimat nicht durch den Import von Parallelgesellschaften fremder Kulturen nehmen lassen, in denen das Recht des Stärkeren gilt, wo die Scharia als Rechtsmaßstab gilt und Kriminalität wächst, blüht und gedeiht. Die Menschen verstehen nicht, dass Migranten, sogenannte „Flüchtlinge“, bei uns zum Teil über das notwendige Existenzminimum hinaus mit Steuergeldern alimentiert werden und

zugleich viele deutsche Rentner an der Armutsgrenze existieren müssen. Für Migranten gibt es zum Beispiel in einigen Landkreisen keine Mietobergrenze, für deutsche Hartz-IV-Empfänger jedoch schon. Das ist Inländerdiskriminierung. Deutsche Einheit verkehrt. Zu erklären sind solche gesellschaftlichen Schiefen eigentlich nur, weil Merkel nicht viel vom Deutschen Volk zu halten scheint, dem sie doch per Amtseid verpflichtet ist. Auch nach der von ihr verfügten Grenzöffnung mit ihrer verheerenden Masseninvasion überwiegend junger muslimischer Männer spricht diese Frau an der Spitze unserer Regierung davon, dass das deutsche Volk aus allen bestehe, die hier lebten. Das verstößt gegen unsere Verfassung. Aber was soll's, Rechtsbruch gehört zur täglich von der Merkel Regierung geübten Praxis. „Herrschaft des Unrechts“ sagt Seehofer. Wie Recht der Mann doch hat.

Wenn die Menschen in Deutschland wieder auf die Straße gehen, um sich gegen Messerstecher und Vergewaltigungen zu erheben, meint Merkel, „wir müssen die Bürger mitnehmen, die Politik besser erklären“. Nein Frau Merkel, die Bürger haben verstanden, sie wollen keine Überfremdung, keine Umvolkung, keine Vergewaltigungen, keine Messerstecher, keine sexuellen Übergriffe auf junge Mädchen, die als Freiwild betrachtet werden. Sie skandieren – wie 1989 – „Wir sind das Volk“! Die Bürger wollen keine DDR 2.0 – und sie wollen keine Angela Merkel, die ihnen ihr Land nimmt.

Zum Schutz unsrerer freiheitlichen Grundordnung: Wer den Staat bekämpft darf sich nicht auf Religionsausübung beziehen

Wer die freiheitlich demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland offensichtlich bekämpft, darf sich dabei nicht auf das Grundrecht der in der Verfassung verbrieften Freiheit der Religionsausübung beziehen. Deshalb muss Artikel 18 des Grundgesetzes (GG) geändert werden. In Artikel 18 ist geregelt, wie ein Grundrecht „verwirkt“ werden kann, falls es dazu instrumentalisiert werden sollte, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung (FDGO) zu bekämpfen:

„Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung missbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen“.

Nach Auffassung der Alternative für Deutschland muss dieser Artikel den aktuellen Anforderungen angepasst, also geändert werden. Neben den bisher genannten Grundrechten, die bei Missbrauch ein Verwirken nach sich ziehen, ist in Artikel 18 auch das Grundrecht auf freie Religionsausübung einzubeziehen. Wer bisher sein in Artikel 4 GG gesichertes Grundrecht auf freie Religionsausübung dazu benützt, unseren Staat zu bekämpfen, geht nach geltendem Recht straffrei aus.

Unsere Demokratie muss sich aber wirkungsvoller gegenüber ihren Feinden zur Wehr setzen können. Die Väter des Grundgesetzes hatten dies 1948 zwar auch erkannt, gleichwohl dann aber darauf verzichtet, die Religionsausübungsfreiheit in den Verwirkungstatbestand aufzunehmen, weil sie damals noch Erinnerungen an den Kulturkampf

hatten, der in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts unter Reichskanzler Bismarck das Deutsche Reich beschäftigte. Das ist 150 Jahre her, war verständlicherweise für die Väter des Grundgesetzes vor 70 Jahren ein Thema, ist aber heute nicht mehr aktuell und sollte deshalb den Bundestag des Jahres 2018 nicht in seinen Entscheidungen tangieren.

Hochaktuell hingegen ist die Tatsache, dass das Grundrecht auf freie Religionsausübung zunehmend missbräuchlich ins Feld geführt wird, um dahinter höchst gefährlicher Umtriebe gegen die Bundesrepublik Deutschland zu tarnen. Die fraglos schon bestehenden gesetzlichen Abwehrmechanismen müssen ergänzt werden. Ganz aktuell müssen wir die Handhabe schaffen, Auftrittsmöglichkeiten von Personen zu verhindern, die unter Berufung auf die Religionsausübungsfreiheit gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung mit Hassreden eifern und geifern und damit Anhänger zum Widerstand mobilisieren. Dies war bislang nicht möglich.

18 GG. Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) muss überdies auch vorbeugend tätig werden können, nicht erst wenn der Grundrechtmissbrauch zu Straftaten geführt hat.

Außerdem muss der Kreis derer, die das BVerfG anrufen können, unserer Einschätzung nach um die ordentlichen Gerichte erweitert werden, nämlich die Strafgerichte und die Verwaltungsgerichte. Bei begründetem Verdacht müssen sie in die Lage versetzt werden, diese Fälle dem Bundesverfassungsgericht vorzulegen.

Das Grundrecht auf freie Religionsausübung steht für uns nicht zur Disposition. Wer aber unter Missachtung unserer Werteordnung, unter dem Deckmantel der Religion sein Grundrecht auf ungestörte Religionsausübung zum Kampf gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung missbraucht, der darf in Deutschland nicht gewährt werden, sondern der muss als Feind unseres Rechtsstaates die Härte der Gesetze zu spüren bekommen.



Nun ist es natürlich ein erheblicher Eingriff, jemand ein Grundrecht abzuspochen. Deshalb ist es bisher allein dem Bundesverfassungsgericht vorbehalten, eine Grundrechtsverwirkung auf Antrag von Bundestag, Bundesrat oder Landesregierungen auszusprechen. Diese Praxis hat sich freilich nicht bewährt. Es gab genau vier solcher Fälle zu Artikel

Deshalb haben wir den Gesetzentwurf „Vierundsechzigsten Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Gesetz zur Erweiterung der Verwirkungsvorgabe des Artikels 18 des Grundgesetzes um die ungestörte Religionsausübung des Artikels 4 Absatz 2 des Grundgesetzes)“ im Deutschen Bundestag eingebracht.

Besuch im Bundestag

Den Bundestag von innen sehen? Plenardebatten live erleben?

In einen gemeinsamen Austausch treten?

All dies und vieles mehr bietet Ihnen ein dreitägiger Besuch mit uns im Deutschen Bundestag.

- Führung durch den Bundestag
- Blick über Berlin
- Debatten live erleben
- Besuch der Kuppel
- Besuch von Ministerien
- Politische Stadtrundfahrten

Die rechtzeitige Buchung ist unbedingte Voraussetzung für einen freien Platz.

E-Mail: lothar.maier.ma01@bundestag.de

Telefon: +49 30 227-73367

Medienversagen - Ganz „normale Woche“ in Deutschland: Trauriger Höhepunkt: Merkel-Asyl-Gäste stechen zu – Deutscher tot

Eine „ganz normale Woche“ in Deutschland: Sonntag in Köthen: Zwei Afghanen schlagen einen Deutschen zusammen. Der Mann stirbt. – Samstag in Dortmund: Drei Männer, der Täterbeschreibung zufolge vermutlich Nordafrikaner, stechen einen Deutschen nieder. – Samstag in Mainz: Zwei Araber greifen einen Somalier mit Messern an und rauben ihn aus. – Samstag in Wiesbaden: Mehrere männliche Personen, die als dunkelhäutig beschrieben werden, belästigen junge Frauen. – Samstag in Fulda: Drei Schläger, der Beschreibung nach Südländer, verfolgen einen 52-jährigen nach einem Discobesuch und schlagen ihn bewusstlos. – Donnerstag in Friedberg: Ein 16-jähriger Syrer sticht am Bahnhof auf einen 18-jährigen Landsmann ein. - Trauriger Höhepunkt: früher Sonntagmorgen in Chemnitz: Scheinflüchtlinge, Merkels Einladung gefolgt, stechen einen 35-jährigen Deutschen ab, der Mann hatte keine Chance.

Leider eine „ganz normale Woche“ in Deutschland. Merkels „Umvolkungspolitik“ sei's gedankt. Vor dem schwarzen Merkel-Herbst war Chemnitz bis 2015 eine normale Stadt. Danach nahmen Schlägereien, Diebstähle und Vergewaltigungen dramatisch zu. Nicht nur in Chemnitz. Sofern bei

den Verbrechen keine Toten zu beklagen sind, ist die Medienberichterstattung auffallend „zurückhaltend“. Bedauern mit den Opfern: Fehlanzeige. Dafür: Belehrungen, wie „Einzelfälle - Besonnen reagieren - nicht alle (sogenannten) Flüchtlinge sind kriminell“ und so weiter und so fort.



Letzteres übrigens behauptet ernsthaft ja auch niemand. In den Lokalteilen der Zeitungen, mindestens in größeren Städten, finden sich inzwischen täglich Meldungen über sexuelle Übergriffe auf Frauen und jungen Mädchen. Die Täterbeschreibungen für Zeugenaufrufe sind dabei in der Regel vage und unspezifisch allgemein. Größe, manchmal vermutetes Alter, Kleidung, sonst nichts. In diesen Fällen kann man heutzutage erfahrungsgemäß von einem ausländischen mutmaßlichen Täter ausgehen.

Anders nämlich bei Tätern, die offensichtlich aus Europa stammen. Hier fallen die Beschreibungen vergleichsweise plötzlich merkwürdig präzise aus: „Heller Hauttyp, graublau Augen, rötlicher Bartwuchs“. Haben die Opfer bei diesem Täter genauer hingeschaut? Mitnichten. Wer die amtlichen Polizeiberichte mit den in den Zeitungen abgedruckten redigierten Versionen eines Sachverhalts vergleicht, stellt häufig Folgendes fest: Täterbeschreibungen von Opfern, wie „südländisches Aussehen, dunkle Hautfarbe oder dunkle Haarfarbe“ finden sich danach in der Zeitungsmeldung nicht wieder.

Unabhängiger Journalismus tut not in Deutschland. Wer in der journalistischen Stilform der Nachricht Wesentliches unterschlägt, manipuliert bewusst und verstößt grob gegen die Regeln seines Handwerks. Wer glaubt, Leser nach seinem grün-roten Weltbild erziehen zu müssen, betreibt Propaganda, nicht Journalismus. Wer sich in Systemmedien mit den Regierenden gemein macht, weil er deren Ideologie teilt, ist unsauber. Handwerklich, charakterlich und in seiner Glaubwürdigkeit. Der mündige Staatsbürger braucht keine pädagogischen Medien, sondern zuverlässige Informationen.

Bundeshaushalt 2019:

Trotz Rekord-Einnahmen denkt Regierung nicht an Steuersenkung

Trotz der Rekordsteuer-Steuerereinnahmen von 357 Mrd. Euro denkt die Bundesregierung nicht an eine Steuerentlastung der Bürger. Dabei hat die Alternative für Deutschland ein Bündel an finanzierbaren Entlastungsmöglichkeiten aufgezeigt: 2 000 Euro im Monat als steuerfreies Einkommen, die grundsätzliche Steuerbefreiung der Altersrenten, die Senkung der Mehrwertsteuer oder die Einführung des Familiensplittings und schließlich (endlich) die Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Die Umsetzung der AfD-Vorschläge brächte eine deutliche Entlastung für Mittelstand, Handwerk und einkommensschwächere Bevölkerungsschichten.

Mit der Auflösung der sogenannten Asylrücklage von 2019 an werden noch einmal 22 Mrd. Euro in diesen gigantischen Haushalt gepumpt. Zwar sind auch wir als AfD grundsätzlich für die Auflösung

dieses Schattenhaushalts, mit dem sich die der illegalen Migration geschaffen hat. Doch nun aktiviert man dieses Geld ausgerechnet in der denkbar haushaltspolitisch „fettesten“ Zeit. Man alimentiert damit noch stärker ein gesellschaftliches und finanzielles Problem, das sich ohne den anhaltenden Rechtsbruch durch die Merkel Gewährung einer Masseninvasion im Jahre 2015 niemals gestellt hätte. Damals, im schwarzen Herbst, als Merkel unser Land überrennen ließ, waren es übrigens, wie jetzt amtlich bestätigt, zu 97 Prozent illegale Einwanderer.

Die Bundesregierung verkonsumiert haushaltserisch jetzt die Früchte eines künstlichen Booms über fehlgeleitete Programme: Mehr Zuwanderung, mehr Eurorettung, mehr Türkei-Hilfen, mehr Supranationalismus. Das nutzt jedenfalls Deutschland nichts. Dieser Haushalt ist das genaue

Gegenteil von Klarheit und Wahrheit: Finanzminister Scholz unterlässt 2019 erneut die ordnungsgemäße Einbuchung von gewaltigen Risiken im Bundeshaushalt:

Erstens: Für die Rentenrisiken fehlt praktisch jede Rücklage. Die in die neue „Demografie-Vorsorge-Rente“ von 2021 an eingestellten zwei Milliarden Euro sind angesichts von Rentenzahlungen in Höhe von 300 Milliarden Euro und einem Bundeszuschuss von fast 100 Milliarden Euro pro Jahr wie ein Tropfen auf den heißen Stein.

Zweitens: Die Eurorettungskosten sind auch 2019 in keiner Weise im Haushalt berücksichtigt, obwohl auch hier große Teile der über die Europäische Zentralbank (EZB), den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und Bundesbank angehäuften „schlechten“ Forderungen am Tag

der Wahrheit natürlich durch den Steuerzahler zu tragen sind. Europas Dispo bei Deutschland steht mittlerweile kurz vor der Billion Euro Marke.

Drittens: Auch die Kosten der illegalen Zuwanderung werden nicht angemessen im Bundeshaushalt abgebildet. Darüber hinaus ist dieser Haushalt natürlich auch durch die minimale Zinsbelastung auf die Bundesschuld gezeichnet. Die Perspektivlosigkeit der amtierenden Linkskoalition unter Merkel (CDU) zeigt sich daneben am deutlichsten im Verzicht auf Investitionen, um Deutschland fit für die Zukunft zu machen.

Straßen, Verkehrswege sind in einem desolaten Zustand. Die Hälfte unserer Autobahnbrücken ist weit über 40 Jahre alt und gar nicht für den Schwerlastverkehr der heutigen Zeit ausgelegt. Ausgeblutet ist auch die Bundeswehr: flügelahme Jets, fahruntaugliche Panzer, U-Boote im Trockendock. Vom NATO-Ziel „2 % Prozent in den Wehretat“ sind wir weit entfernt. Deutschland ist derzeit de facto nicht mehr verteidigungsfähig. Geradezu ein Entwicklungsland ist Deutschland in

Sachen „digitale Infrastruktur“. Lächerliche 2,3 Prozent der Anschlüsse in Deutschland sind Glasfaserleitungen.



Der OECD-Durchschnitt liegt bei 22,3 Prozent der Durchschnitt ist also zehnmal höher als der Ausbau hierzulande. Litauen ist mit 71 Prozent dabei übrigens europäischer Spitzenreiter. Beim Ausbau des Mobilfunknetzes sieht es leider auch nicht besser aus: Hier liegt Deutschland nämlich in Europa auf Platz 32, weit abgeschlagen, noch hinter Albanien. Besserungen, was die öffentlichen Investitionen anbelangt, sind nicht in Sicht. Der Bundesfinanzminister plant sie sogar bis 2022 von 37,9 Milliarden Euro auf 33,5 Milliarden Euro zurückzufahren. Es wird also noch weniger investiert.

Eine Regierung, die keine Investitionen für die Zukunft leistet, versündigt sich an kommenden

Generationen. Die Merkel Regierungen haben über Jahre haushaltspolitisch einen fatalen Doppelfehler begangen: Zum einen wurde die tatsächliche Verschuldung immer wieder in die Höhe getrieben und zum anderen wurde durch fehlende Investitionen in die Infrastruktur die Grundlage für zukünftige Einnahmen drastisch verschlechtert.

Mit dieser wahnwitzigen Haushaltspolitik kann sich A. Merkel einen weiteren Eintrag auf ihrer Schadensliste zum Nachteil Deutschlands sichern. Muslimische Überfremdung nach einer von ihr gewollten ungehinderten Masseninvasion, Aussetzung des Wehrdienstes, Wehrunfähigkeit, marode Infrastruktur und der wahnwitzige Ausstieg aus der Atomenergie. Letzterer hat übrigens dazu geführt, dass Deutschland das Land mit den höchsten Strompreisen in Europa wurde. Die Franzosen kaufen ihren Strom zum halben Preis. Die wie in reformkommunistischer Manier agierende Angela Merkel hat Deutschland verändert. Nachhaltig. Kommende Generationen werden es schmerzlich ertragen müssen.

Abgeordnetenfahrt vom 30.9. – 3.10. 2018

Ich gebe zu, ich bin neugierig: Wer fährt mit der AfD nach Berlin?

Was sind das für Menschen? Sind es die Abgehängten in Deutschland oder dumpfe Neonazis, wie man immer wieder hört? Die Gruppe die sich am Sonntag, den 30. September um 10.30 Uhr auf Gleis 10 im Stuttgarter Hauptbahnhof trifft, ist weder das eine noch das andere. Es sind Menschen, wie Du und ich, aus allen Altersschichten: Handwerker, Landwirte, Polizisten, Angestellte, Physiotherapeuten, Soldaten, Gymnasiallehrer, Parteimitglieder, Mütter, Väter, Großeltern und dann noch ich, die Journalistin. Eigentlich erwarte ich, dass die Leiterin des Wahlkreisbüros Dorit Wolf die Gruppe navigiert, dann die große Überraschung, auch Bundestagsabgeordneter Prof. Dr. Lothar Maier begleitet uns auf der Bahnfahrt nach Berlin. Schon während der Fahrt kristallisiert sich heraus, diese Gruppe harmonisiert. Es wird viel gelacht, man kommt ins Gespräch und Prof. Maier nutzt die Zeit, jeden Teilnehmer persönlich kennenzulernen. Die nächste Überraschung erwartet uns in Berlin: Das Hotel Estrel ist nicht nur Deutschlands



größtes Hotel, es gehört zur 4 Sterne + Kategorie und unsere Doppelzimmer sind kleine Suiten. Ich wollte eigentlich ein Einzelzimmer, teile mir nun aber ein Familienzimmer (zwei separate Schlafzimmer und ein Bad) mit Karola. Eine glückliche Fügung, denn die dreifache Mutter ist eine unkomplizierte Frohnatur, mit der ich gleich am ersten Abend mit Gesprächen und (alkoholfreiem) Wein aus Zahnputzbechern, auf der Bettkante versumpfe. Der Montag beginnt früh: Unsere 42-köpfige Gruppe trifft sich pünktlich um 7.45 Uhr am Bus, Fahrer Roman wird uns die nächsten Tage herumfahren. Auch dabei ist Liliane vom Bundespresamt, die uns viel erklärt und dafür sorgt, dass alles reibungslos funktioniert. Da sich Berlin für den Tag

der Einheit vorbereitet, sind schon viele Straßen gesperrt und wir erreichen den Reichstag mit leichter Verspätung. Drinnen wird uns der Plenarsaal gezeigt und die Geschichte des Hauses erklärt, bevor es zum Gespräch mit Prof. Maier geht. Wir gewinnen einen Eindruck über die Arbeit der AfD im Bundestag, die Maier in seiner ruhigen Art mit leichter Ironie beschreibt: Gesetze, die durchgepeitscht werden und allen Empfehl-



Empfehlungen der Experten widersprechen. Bundestagsabgeordnete, die es an jeglicher Höflichkeit fehlen lassen, Ignorierung und Vieles mehr. Es ist nicht einfach für die AfD, doch durch Ruhe und Beharrlichkeit weiß sich die junge Partei im Haifischbecken der Berliner Politik zu behaupten. Der anschließende Gang durch die gläserne Reichstagskuppel und das Erinnerungsfoto sind eigentlich kaum mehr zu überbieten, doch das Mittagessen im Fernsehturm am Alexanderplatz toppt alles: gebratene Ochsenbäckchen auf 207 Metern Höhe in einem Restaurant, das sich langsam dreht. Liliane strahlt, als sie unsere Begeisterung bemerkt. Der Nachmittag gehört einer Stadtrundfahrt, bei der Liliane uns die Geschichte und das heutige Berlin erklärt und dann besuchen wir die indische Botschaft. Es ist ein Programmpunkt, der vom Büro des Abgeordneten selbst organisiert wurde. Das Sandsteingebäude erinnert an indische Paläste. Innen ist es aber sehr modern und minimalistisch. Nach einem Film dürfen wir Fragen an einen Botschaftsangehörigen stellen und bekommen indische Snacks gereicht.

Gleich anschließend geht es zum Abendessen und dann zurück ins Hotel, das mit diversen Bars, Restaurants, Wellnesscenter und sogar einem eigenen Theater für viel Abwechslung sorgt. Uns reicht die Bar, an der wir uns treffen. Der Dienstag startet gemütlich. Wir haben viel Zeit das üppige Frühstücksbuffet zu testen, denn es geht erst um 9 Uhr los. Wieder gibt es eine Stadtrundfahrt, bevor es zum Verteidigungsministerium geht. Nach intensivem Sicherheitscheck geht es zu einem Informationsgespräch mit einem jungen Major. Er versucht sich aus den bohrenden Fragen zu winden, doch eine Antwort erstaunt: Bis 2031 glaubt die Bundeswehr ihre mangelhafte Ausrüstung wieder auf Vordermann zu bringen. Was nicht erklärt wird, was die Bundeswehr in den kommenden 13 Jahren solange macht. Ich bin hier nicht dabei, denn ich bin in dieser Zeit, im Büro von Herrn Prof. Maier. Hier wird mir das ausge-

arbeitete Strategiepapier zur Auslands politik der AfD erläutert. Klar und leicht verständlich wird der Kurs dargelegt: An oberster Stelle steht die Souveränität Deutschlands und es wird gezeigt, wie Bundeswehr, Geheimdienst (BND) und Wirtschaft Hand in Hand arbeiten sollen, um auch bürgerliche Freiheit und Wohlstand zu sichern. Mir wird endgültig klar, hier sind keine Stümper am Werk, sondern kluge Köpfe, die sich im Eiltempo einarbeiten, um jederzeit bereit zu sein, Regierungsverantwortung zu übernehmen – ja die AfD will und kann. Beim anschließenden Mittagessen leistet uns Prof Maier, trotz seiner vielen Büroarbeit, wieder Gesellschaft, bevor es für uns in die Neue Synagoge geht. Sie wurde in den 30er Jahren zerstört und erst nach dem Mauerfall wieder aufgebaut. Sie dient vor allem als Museum jüdischer Geschichte und Verfolgung. Da das Abendessen im Maredo am Ku´damm stattfindet,

nutzen einige der Gruppe die Gelegenheit, noch das berühmte KaDeWe (Kaufhaus des Westens) aufzusuchen. Der Rest fährt wieder mit Bus zurück. Übrigens, das Estrel liegt direkt an der S-Bahn-Station „Sonnenallee“ und ist leicht zu erreichen. Mittwoch, Tag der Deutschen Einheit und Abfahrt nach Stuttgart. Doch zuvor dürfen wir noch auf das Festgelände vor dem Reichstag, wo alle 16 Bundesländer ihre Festzelte aufgebaut haben und es viel Musik, Essen und Trinken gibt. Bevor wir in unser reserviertes Zugabteil steigen, wird ein Lunchpaket ausgehändigt. Müde, mit vielen neuen Eindrücken und Freundschaften (?) erreichen wir, mit Verspätung, den Stuttgarter Hauptbahnhof. Was soll ich sagen? Es war toll und am liebsten würde ich gleich die nächste Fahrt im Dezember wieder mitmachen.

Text: Gräfin Ulla Donn von Yrsch-Pienzenau

Treffen des Waldemar-Hellmich-Kreises des DIN in Stuttgart

Am 13. September 2018 nahm Prof. Maier am diesjährigen Treffen des Waldemar-Hellmich-Kreises des Deutschen Instituts für Normung (DIN e. V.) in Stuttgart teil. Der nach dem ersten Direktor der damals noch Deutscher-Normenausschuss (DNA) genannten, 1917 gegründeten nationalen deutschen Normungsorganisation benannte Kreis gilt als eine Art „Ehrensenat“ des DIN, ihm gehören überwiegend im Ruhestand lebende Persönlichkeiten an, die sich um die Normung in Deutschland, Österreich und der Schweiz in besonderem Maße verdient gemacht haben. Dazu gehören Vorstandsvorsitzende großer Unternehmen, Leiter von Normenausschüssen, hohe Beamte und Wissenschaftler.

Prof. Maier gehörte dem Präsidium des DIN von 2003 bis 2011 an, im selben Zeitraum war er auch Vorsitzender des bundesfinanzierten „Verbraucherrats“, eine im DIN arbeitende Dienststelle, die die Verbrauchervertretung in der Normung

organisiert. Prof. Maier gehört dem Waldemar-Hellmich-Kreis seit 2011 an, er ist Träger der Goldenen Ehrennadel des DIN.

Hauptthema des diesjährigen Treffens war die Entwicklung des Building Information Managements, also die Digitalisierung und Standardisie-

rung der Bauplanung und –ausführung, die zu beträchtlichen Einsparungen bei den Baukosten führen soll. Zum Thema passend fand das Treffen in der Hauptverwaltung des Baukonzerns Wolff & Müller statt, dessen geschäftsführender Gesellschafter Dr. Albert Dürr zugleich Präsident des DIN ist.



Das Foto zeigt Prof. Maier zusammen mit dem seit zwei Jahren im Ruhestand lebenden langjährigen DIN-Vorstandsvorsitzenden Dr. Torsten Bahke und seinem Nachfolger Christoph Winterhalter.

Impressum:

Lothar Maier MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: 030 227 75494

Fax: 030 227 70494

Mail.: lothar.maier@bundestag.de

Kontakt:

Wahlkreisbüro Stuttgart

Tel: 0711 50500-962

Fax: 0711 50500-979

www.facebook.com/prof.lotharmaier

<https://twitter.com/ProfMaier>

[youtube.com/channel/UCk048Rd6KVTC8oaD_ph6xNA](https://www.youtube.com/channel/UCk048Rd6KVTC8oaD_ph6xNA)

LOTHAR-MAIER.EU